

Notizen

Die Jahre, die auf die Jahrtausendwende hinführten, sollten für die kirchlichen Gemeinschaften aller Nationen als Gelegenheit zur Umkehr und zur Prüfung des pastoralen Engagements genutzt werden, ein verlängerter „Exerzitienkurs“ für jede Diözese, Pfarrgemeinde, Vereinigung, Bewegung sowie jede christliche Familie. Dies betonte Johannes Paul II. in seiner Ansprache bei der Internationalen Planungskonferenz des Zentralen Komitees für das Heilige Jahr 2000 und der Delegierten der nationalen Komitees am 16. Februar (Osservatore Romano, 18. 2. 96). Erneut bekräftigte der Papst zum Ende der „Vor-Vorbereitungsphase“, alle Planungen im Hinblick auf das Jubiläum sollten in erster Linie auf den Reichtum des Zweiten Vatikanischen Konzils Bezug nehmen: Das Konzil sei gewissermaßen die „Heilige Pforte“ zu jenem neuen Frühling, der durch das Jubiläumsereignis offenbar gemacht werden solle.

Mit einer „Zwischenlösung“, einer bis zum Jahr 2003 befristeten Vereinbarung soll der seit Jahren dauernde Streit über die evangelische Militärseelsorge in Ostdeutschland beigelegt werden. Gemäß einer am 5. März veröffentlichten Rahmenvereinbarung, auf die sich die EKD und das Verteidigungsministerium verständigt haben, können in Ostdeutschland künftig Pfarrer im Kirchendienst als hauptamtliche Militärseelsorger tätig sein. Nach dem in Westdeutschland gültigen Militärseelsorgevertrag von 1957, der von den ostdeutschen Landeskirchen nach der Wiedervereinigung abgelehnt worden war, sind Militärpfarrer dagegen Staatsbeamte auf Zeit. Die Leitung der evangelischen Militärseelsorge in Ostdeutschland liegt beim Militärbischof, der auch die Dienstaufsicht über die Militärseelsorger hat. Vorgesehen ist die Einsetzung eines „Bevollmächtigten für die evangelische Seelsorge in der Bundeswehr in den neuen Bundesländern“. Dieser soll als Kirchenbeamter die Aufgaben eines Wehrbereichsdekans wahrnehmen.

Der Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe und Heidelberger Rechtsprofessor Paul Kirchhof setzte sich für den Erhalt der geltenden Kirchensteuerregelung in Deutschland ein. Auf der diesjährigen gemeinsamen Tagung der Katholischen Akademie in Bayern und der Evangelischen Akademie Tutzing bezeichnete

Kirchhof die Kirchensteuer als „zeitgerechtes Instrumentarium der Kirchenfinanzierung, das den Grundsatzwertungen einer mitgliedschaftlichen Belastungsgerechtigkeit entspricht, die innere Unabhängigkeit der Kirchen von ihren Financiers sichert und den notwendigen Beitrag der Kirchen zum freiheitlichen Kulturstaat der Gegenwart anerkennt“. Die Verpflichtung des Staates zur gesetzgeberischen und organisatorischen Mitwirkung bei der Besteuerung der Kirchenmitglieder enthalte den Auftrag, „das Religiöse als ein wesentliches Element der Kulturstaatlichkeit anzuerkennen“.

Deutliche Kritik an der Bundesregierung übte die deutsche Sektion der katholischen Friedensbewegungen Pax Christi. In einer Stellungnahme des Geschäftsführenden Vorstandes Ende Februar, in der dieser entschieden für die Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht plädiert, heißt es: Mit allen Mitteln versuche die Bundesregierung, die Krise der Wehrpflicht zu verschleiern. Mit Hinweis auf die Entwicklungen unter anderem auch im benachbarten Frankreich moniert Pax Christi: Seit Jahren schon habe die Bundeswehr keine Verwendung mehr für alle Wehrpflichtigen. Die konstant hohe Zahl der Kriegsdienstverweigerer zeige deutlich, daß die Akzeptanz des Militärs in unserer Gesellschaft in dem Maß schwinde, in dem der Sinn für militärische Konfliktlösungen überhaupt verloren gehe.

Zum 81. Bischof von Eichstätt hat Johannes Paul II. den 54jährigen Stadtpfarrer und Regionaldekan in Schrobenhausen (Bistum Augsburg), Walter Mixa, ernannt. Der bisherige Bischof von Eichstätt Karl Braun wechselte vor elf Monaten auf den Erzbischofssitz von Bamberg. Mixa stammt aus Königshütte in Oberschlesien. 1970 wurde er geweiht. 14 Jahre lang war er für die Priesterfortbildung im Bistum Augsburg zuständig. Neben den Bischöfen von Bamberg und Regensburg ist Mixa der dritte Priester des Bistums Augsburg, der außerhalb der eigenen Diözese in Bayern ein Bistum leitet.

Der Bochumer Fundamentaltheologe Hermann-Josef Pottmeyer äußerte sich kritisch zu dem von Johannes Paul II. statuierten Ende der Debatte über die Möglichkeit einer Priesterweihe von

Frauen. Pottmeyer sprach auf dem vom Leiterkreis der Katholischen Akademien in der Katholischen Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart veranstalteten Symposium zum Thema „Dialog als Selbstvollzug der Kirche“. Ohne sich in der eigentlichen Ordinationsfrage festzulegen, meinte Pottmeyer, verletzend für Katholiken sei nicht die Verweigerung der Zustimmung zur Ordination von Frauen, sondern die Verweigerung des Dialogs. Pottmeyer befürchtete, das kirchliche Lehramt verschleibe auf diese Weise seine eigene Autorität.

Die jüngsten Anschläge radikaler Palästinenser in Israel wurden durch die Oberhäupter aller christlichen Kirchen in Jerusalem in einem gemeinsamen Appell scharf verurteilt. Palästinenser und Israelis sollten in ihrer Suche nach Frieden „auch in dieser kritischen Phase unserer Geschichte“ nicht nachlassen. Gewalt könne niemals zum Frieden führen. Die palästinensischen und die israelischen Behörden werden zur Zusammenarbeit aufgefordert, um ein „neues Klima des Friedens“ in der Region zu schaffen. Einer der Unterzeichner dieses Appells, der lateinische Patriarch Michel Sabbah, kritisierte unterdessen die Abriegelung der Palästinensergebiete durch Israel. Eine solche Maßnahme verstärke nicht die Sicherheit in Israel. Sie würden vielmehr unter Palästinensern Zorn und Wut auslösen.

Ein erschreckendes Symptom für die „moralische Erkrankung“ und den Verfall ethischer und menschlicher Werte auf allen Ebenen der Gesellschaft sehen die kolumbianischen Bischöfe in dem Skandal um den Präsidenten des Landes, Ernesto Samper, in dessen Wahlkampf im Jahr 1994 Gelder aus dem Drogenhandel geflossen sein sollen. In ihrer Botschaft sprechen die Bischöfe von einer der schwersten Krisen in der Geschichte Kolumbiens. Das Drogengeschäft, das mittlerweile alle Bereiche der Gesellschaft durchdringe, habe zu einem nationalen Drama geführt. Im Falle Sampers fordern die Bischöfe ein korrektes Verfahren, vor allem aber umfassende Aufklärung.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe sind eine Beilage des Verlages Herder, Freiburg, und eine Eigenwerbung (Verlegerbeilage) beigelegt.